

Mut zur Reform

Empfehlungen des Deutschen Hochschulverbandes zur Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems

Resolution des 69. DHV-Tages 2019 in Berlin

I. Die Wissenschaft als wachsendes System

Wissenschaft und Technologie prägen und verändern unser heutiges Leben. Die Durchdringung aller Daseinsbereiche durch die Wissenschaft schreitet voran. Entscheidungen und Produkte ohne wissenschaftliche Expertise sind zumindest in Deutschland nahezu undenkbar. Das Gedeihen von Bildung und Forschung ist für Staaten essentiell, deren wichtigste Ressource kluge Köpfe sind.

Seit Jahrzehnten wachsen die Etats für Bildung, Forschung und Entwicklung – nicht nur in den USA oder den aufstrebenden Wissenschaftsnationen Asiens, sondern auch in Deutschland. Mithilfe von milliardenschweren Programmen wie z.B. dem Hochschulpakt, der Exzellenzstrategie und dem Pakt für Forschung und Innovation wollen Bund und Länder die Weichen für ein leistungsstarkes, international konkurrenzfähiges Umfeld für Forschung und Lehre stellen. Allein der Etat des Bundesforschungsministeriums hat sich seit 2005 verdoppelt.

II. Defizite des deutschen Wissenschaftssystems

So anerkennens- und begrüßenswert diese Entwicklung dem Grundsatz nach ist, so wenig darf sie jedoch darüber hinwegtäuschen, dass das gegenwärtige Wissenschaftssystem strukturelle Schwächen aufweist und punktuell Fehlanreize setzt. Hierzu gehören insbesondere:

1) Chronische Unterfinanzierung der Hochschulen

Die bisherige Politik der Pakte hat die massiven strukturellen Finanzierungsprobleme der staatlichen Hochschulen partiell mildern, aber keinesfalls dauerhaft lösen können. Seit der Föderalismusreform 2006 ist die universitäre gegenüber der außeruniversitären Forschung

finanziell noch schlechter gestellt. Während die außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit dem „Pakt für Forschung und Innovation“ regelmäßig Haushaltszuwächse erhalten und inzwischen nicht selten Probleme haben, ihre Finanzmittel bestimmungsgemäß zu verwenden, werden die Hochschulen nur noch mit dem Notwendigsten versorgt und dadurch ausgezehrt. Die Hochschulfinanzierung hält unverändert trotz nominaler Zuwächse nicht mit den steigenden Studierendenzahlen Schritt. Die Betreuungsrelation von Studierenden pro Professur verschlechtert sich seit Jahren kontinuierlich und liegt inzwischen an deutschen Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen im Bundesdurchschnitt bei 66 zu 1, im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen sogar bei 78 zu 1 (ohne Berücksichtigung der FernUniversität Hagen). In Hörsälen werden Eimer aufgestellt, wenn es regnet, Labore und Gebäude verrotten, seit Jahren wird die Bausubstanz vernachlässigt. Nach defensiven Schätzungen der Kultusministerkonferenz beläuft sich allein der Investitionsbedarf bis zum Jahr 2025 auf 29 Milliarden Euro.

2) Schlechte Behandlung junger Wissenschaftler

Der Bedarf an mehr Stellen für Professuren ist vorhanden, wird aber nach einhelliger Meinung der Wissenschaftsorganisationen von Hochschulrektorenkonferenz bis Wissenschaftsrat nicht befriedigt. Stattdessen trägt das Paket der Pakte mit temporär vergebenen Mitteln dazu bei, dass in der letzten Dekade die Zahl der inzwischen zu 90 Prozent befristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter um 50 Prozent gewachsen ist. Unverändert hangeln sich viele exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Befristung zu Befristung. Auch nach der Qualifizierungsphase können sie sich oftmals nur mühsam durch eingeworbene Drittmittel, Lehraufträge oder Vertretungsprofessuren über Wasser halten. Das Bund-Länder-Programm für den wissenschaftlichen Nachwuchs ist vor diesem Hintergrund kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Es sieht vor, mit einer Milliarde Euro bis zum Jahr 2032 1.000 zusätzliche Professuren zu schaffen. Das sind gerade einmal vier Professuren pro Jahr und Bundesland. Und selbst dieser Zuwachs ist unsicher, wenn die jeweiligen Stellen letztlich nicht dauerhaft von den Ländern finanziert werden.

3) Zu wenig Differenzierung, zu viel Nivellierung

Die Bildungsexpansion geht weiter, der Studierendenboom hält mit derzeit 2,8 Millionen Studierenden unvermindert an: Seit nunmehr zehn Jahren gibt es mehr Studierende als Auszubildende in Deutschland. Während es erklärter politischer Wille ist, die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten weiter zu erhöhen und den Hochschulzugang für Nicht-Abiturientinnen und -Abiturienten stärker zu öffnen, treibt die politische Fixierung auf

Akademikerquoten die schleichende Entwertung nicht-akademischer Abschlüsse zusätzlich voran. Nivellierung und Qualitätseinbußen gehen dabei Hand in Hand. Das Abitur bescheinigt eine allgemeine Studierfähigkeit, ohne sie umfassend zu vermitteln. Hochschulen sehen sich infolgedessen in immer größerem Umfang dazu genötigt, Studierwillige durch Brückenkurse zur Studierfähigkeit zu führen. Das Phänomen der Noteninflation ist jedoch nicht allein auf Schulen beschränkt. Auch an Hochschulen besteht in vielen Fächern die Neigung, nur noch Bestnoten zu vergeben. Für Staat und Gesellschaft ist dies fatal: Noten und Zertifikate drohen ihre Aussagekraft als Mittel der Differenzierung und einer leistungsgerechten Bewertung zu verlieren.

4) Glaubwürdigkeitsverluste

Forschung an Deutschlands Universitäten ist in den letzten zwei Jahrzehnten in zunehmendem Maße von der Einwerbung von Drittmitteln abhängig. Kooperationen zwischen nichtstaatlichen Zuwendungsgebern und Wissenschaft sind grundsätzlich richtig und notwendig. Sie bergen aber tendenziell stets die Gefahr, die grundgesetzlich verbriefte Forschungsfreiheit zu beeinträchtigen. Das Risiko von Indienstnahme oder Beeinflussungsversuchen der Forschung durch Dritte wächst, insbesondere durch private Geldgeber, die jenseits der Suche nach Wahrheit interessengeleitet agieren. Es gibt der Bevölkerung Anlass zur Sorge und Distanz gegenüber der Wissenschaft. Der bedeutendste Grund, Forscherinnen und Forschern zu misstrauen, bleibt laut aktuellem „Wissenschaftsbarometer“ der Initiative „Wissenschaft im Dialog“ die Abhängigkeit von Geldgebern. Zwei Drittel der Befragten halten den Einfluss der Wirtschaft auf die Wissenschaft für zu groß. Durch die ständig wachsende Drittmittelabhängigkeit steht für die Wissenschaft ihre Glaubwürdigkeit auf dem Spiel, die sich aus Unabhängigkeit und daraus resultierend Unparteilichkeit speist.

Weiteres Vertrauen geht durch die Missachtung wissenschaftlicher Grundregeln in Form von Datenfälschungen und Plagiaten verloren, die nicht nur Studierende, sondern auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begehen. Jeder nicht redlich erworbene akademische Grad trägt dazu bei, das Ansehen der Institution Universität zu beschädigen.

5) Drittmittelvolumina und Publikationserfolge als alleinige Leistungskriterien

Erfolg in der Wissenschaft bemisst sich nicht mehr vorrangig am Erkenntnisgewinn, sondern an Zielvereinbarungen mit quantitativen Parametern. Die Beurteilung nach inhaltlichen Qualitätsmerkmalen wird immer oberflächlicher. Das Evaluationssystem individueller Forschungsleistungen ist in der Praxis sowohl bei der Bestenauslese im Berufungsverfahren als auch bei der leistungsorientierten Mittelvergabe viel zu stark auf die Einwerbung von

Drittmitteln und die bibliometrisch erhobene Publikationsleistung in Form von Zitationsindizes fixiert.

Ein Wissenschaftssystem, das bei Verteilungs- und Bewertungsentscheidungen statt auf qualitative Parameter fast ausschließlich auf quantifizierbare Kennziffern rekurriert, leistet einer „Tonnenideologie“ Vorschub, die die Wissenschaft zu einem Betrieb macht. Es befördert ein Autorenverhalten, das jede wissenschaftliche Erkenntnis und Untersuchung in möglichst viele kleine Teile (LPU = least publishable unit) für Veröffentlichungen zerstückelt. Durch die Verknüpfung von finanziellen Anreizen mit der Zahl von Publikationen entsteht eine steigende Flut an Artikeln, die kaum noch fachlich adäquat begutachtet und differenziert rezipiert werden können.

Die provozierte Hatz nach Drittmitteln und Publikationen begünstigt darüber hinaus wissenschaftliches Fehlverhalten. Der Zwang, gerade zu Beginn einer wissenschaftlichen Karriere so viel wie möglich zu veröffentlichen („publish or perish“), hat das Geschäftsmodell pseudowissenschaftlicher Journale, die Forschungsarbeiten ohne Qualitätskontrolle durch Peer-Review zur eigenen Gewinnmaximierung veröffentlichen, erst entstehen lassen.

6) Forschungsförderung unter dem Primat der Nützlichkeit

Forschung wird zugleich immer mehr durch Förderprogramme gesteuert, die wandelbaren Zeitströmungen unterliegen und zunehmend auf Nutzen und Anwendung ausgerichtet sind. Das Verständnis für Grundlagenforschung, die sich konkreten Verwertungsinteressen entzieht, schwindet. Für unkonventionelles Denken abseits des Mainstreams ist kaum noch Platz. Zu Recht haben jüngst u.a. die Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Leopoldina gemeinsam in der „FAZ“ mit deutlichen Worten eine Förderpolitik kritisiert, die Forschung nach einem kurzatmigen Innovationsmodell steuert, das die Risikobereitschaft und die Vorstellungskraft erlahmen und den bahnbrechenden Zufallsfund ausbleiben lässt.¹

¹ Vgl. Jörg Hacker, Wilhelm Krull, Martin Lohse, Peter Strohschneider: Wie sich die Qualität verbessern lässt, in: FAZ vom 12. Juli 2018 (<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/auswahl-von-forschern-wie-sich-die-qualitaet-der-auswahl-verbessern-laesst-15685958.html>).

III. Empfehlungen des DHV

1) Mut zum Diskurs und zur Veränderung

Damit unser Wissenschaftssystem leistungsstark bleibt, müssen Hochschulpolitik und Universitäten den Mut finden, die Probleme offen und partnerschaftlich anzusprechen. Nach Auffassung des Deutschen Hochschulverbandes (DHV) fehlt es an einer fächerübergreifenden Diskussion dieser Kernübel innerhalb von Politik und Gesellschaft – aber auch innerhalb der Academia. Das ist umso unverständlicher, als die Diagnose weitgehend unstrittig ist. Diese grundsätzliche Einigkeit wird bei den rituellen Schuldzuweisungen zu häufig übersehen. Alle Fachleute wissen letztlich, wo in der Wissenschaft – weltweit und in Deutschland – die Entwicklung defizitär verläuft. Aber es fehlt am Veränderungswillen und der Zuversicht, schlechte Regeln ändern zu können.

2) Auskömmliche Hochschulfinanzierung als gemeinsame Bund-Länder-Aufgabe

Universitäten, in denen sich Forschung und Lehre gegenseitig durchdringen, sind das Fundament des deutschen Wissenschaftssystems. Sie qualifizieren künftige Funktionseliten und bilden den wissenschaftlichen Nachwuchs aus. Damit Universitäten ihre zentralen Aufgaben im Wissenschaftssystem sachgerecht erfüllen können, bleiben sie auf eine verlässliche und auskömmliche Grundfinanzierung durch Bund und Länder angewiesen.

Beide hatten sich bereits auf dem Dresdner Bildungsgipfel vom 22. Oktober 2008 dazu verpflichtet, für die „Bildungsrepublik Deutschland“ (Angela Merkel) ein Zehntel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Wissenschaft zu investieren. Die Erfüllung dieser sinnvollen Vorgabe ist jedoch bei den derzeitigen Aufwendungen von neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts noch lange nicht erreicht. Die Erreichung dieses Ziels muss umgehend auf die politische Agenda.

Konkret fordert der DHV den Bund und die Länder dazu auf, ihre bisherige Opposition aufzugeben und eine strukturelle Parallelität der Mittelaufwüchse von Universitäten und außeruniversitären Instituten zu gewährleisten. Zur nachhaltigen Finanzierung von Wissenschaft und Forschung ist mittelfristig eine Verständigung von Bund und Ländern über eine neue, gemeinsame Finanzierungsverantwortung für die Wissenschaft notwendig. Damit der Bund seiner Verantwortung dauerhaft gerecht und für die Länder zugleich ein zusätzlicher Anreiz geschaffen wird, in ihre Hochschulen zu investieren, erneuert der DHV seinen Vorstoß, eine

neue "Gemeinschaftsaufgabe Hochschulfinanzierung" in Artikel 91a des Grundgesetzes einzuführen.

In Wahrnehmung dieser neuen Gemeinschaftsaufgabe sollte der Bund immer dann die Hälfte des Kostenzuwachses tragen, wenn ein Bundesland nachweist, dass es seine Wissenschaftshaushalte im Vergleich zum Vorjahr erhöht hat. Bei Haushaltskürzungen trotz vorheriger Bundesbezuschung sollten Rückzahlverpflichtungen der jeweiligen Länder statuiert werden. Da auf diese Weise das Wachstum von Länderausgaben für die Wissenschaft prämiert würde, hätte das Gesamtsystem eine gute Chance der finanziellen Verbesserung und Gesundung. Verändern sich die Rahmenbedingungen essentiell, z.B. durch einen massiven Rückgang der Studierendenzahlen, könnte der Matching-Mechanismus der Qualitätsverbesserung zugutekommen.²

3) Verlässliche Karriereperspektiven durch mehr Professuren und das Y-Modell

Die Verbesserung der Studienbedingungen an Universitäten ist ohne Personalaufwuchs undenkbar. Der DHV fordert Bund und Länder erneut dazu auf, der Empfehlung des Wissenschaftsrates vom Juli 2013 zu folgen und zusätzliche 7.500 Universitätsprofessuren bis zum Jahr 2025 einzurichten. Das Tenure-Track-Programm von Bund und Ländern bleibt Stückwerk und dient der Beschwichtigung. Es ist insgesamt zu unambitioniert.³

Darüber hinaus favorisiert der DHV ein Personalstrukturkonzept, das konsequent Qualifikation von wissenschaftlicher Dienstleistung trennt. Es erhöht die Chancen für leistungsstarke Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler auf eine Lebenszeitprofessur und sieht den bedarfsgerechten Aufbau von Dauerstellen für wissenschaftsnahe Dienstleistungen als alternativen Berufsweg im akademischen Umfeld vor. Das vom DHV vorgeschlagene Y-Modell ist kostenneutral und kann parallel und unabhängig von einem deutlich aufzustockenden Bund-Länder-Programm für den wissenschaftlichen Nachwuchs umgesetzt werden.⁴

² Vgl. dazu das DHV-Positionspapier vom 19. Juli 2018: Für eine solide und zukunftsfähige Hochschulfinanzierung (<https://www.hochschulverband.de/fileadmin/redaktion/download/pdf/resolutionen/PP-Hochschulfinanzierung.pdf>).

³ Vgl. dazu das DHV-Positionspapier vom 5. April 2016: Verlässliche Karriereperspektiven durch mehr Professuren (<https://www.hochschulverband.de/fileadmin/redaktion/download/pdf/resolutionen/Nachwuchsprogramm.pdf>).

⁴ Vgl. dazu die Resolution des 65. DHV-Tags vom 24. März 2015 in Mainz: „Wissenschaft als Beruf“ – Qualifikation und Personalstrukturen in der Wissenschaft nach der Promotion (https://www.hochschulverband.de/fileadmin/redaktion/download/pdf/resolutionen/Wissenschaft-als-Beruf-final_25.3.2015.pdf).

Hinzukommen müssen viel mehr Angebote und Hilfeleistungen für eine bessere Vereinbarkeit von Wissenschaft als Beruf auf der einen Seite und Familie und Kindererziehung auf der anderen Seite. Dazu gehört ein Kranz von unterschiedlichen Maßnahmen, z.B. die Ausdehnung des Elterngeldes auf junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die vorher nur ein Stipendium und kein Arbeitsentgelt bezogen haben, der Vorschlag des DHV für ein Elternzeitausgleichssemester⁵ sowie die Forcierung von Universitäts-Kitas – insbesondere auch unter Einbeziehung von „Public-Private-Partnership-Modellen“ – und die Möglichkeit, Kinderbetreuungsangebote finanziell zu unterstützen.

4) Mehr Differenzierung, weniger Nivellierung

Um Begabungen individuell entfalten zu können, ist ein Bildungsangebot der Vielfalt erforderlich, das akademische und berufliche Bildung nicht gegeneinander ausspielt, sondern Übergänge in beiderlei Richtungen offen hält.⁶ Nach Auffassung des DHV kann nur ein differenziertes Ausbildungsangebot, das auch attraktive Angebote für die berufliche Ausbildung vorsieht, zur Entlastung der überfüllten Universitäten beitragen. Dazu gehört insbesondere auch der Ausbau der Fachhochschulen unter Betonung ihres spezifischen, praxisorientierten Ausbildungsauftrages.

Innerhalb aller Bildungssektoren muss es generell wieder um die Rückgewinnung und Gewährleistung höchster Leistungsstandards gehen: Qualität muss wieder Vorrang vor Quantität haben. Die Notenvergabe in Schulen und Hochschulen muss wieder das komplette Bewertungsspektrum abdecken. Das Abitur muss durch Vereinheitlichungen und bessere Absprachen unter den Ländern gestärkt und wieder zu einem aussagekräftigen Nachweis der tatsächlichen Hochschulzugangsbefähigung gemacht werden.

5) Größtmögliche Transparenz bei möglichen Interessenkonflikten

Wirksamstes Mittel gegen sachfremde Einflüsse von industriellen Drittmittelgebern auf die Wissenschaft bleibt eine auskömmliche Grundfinanzierung durch Bund und Länder. Solange diese nicht besteht, bleiben die Universitäten darauf angewiesen, sich alternative Geldquellen zu erschließen. Dem Verdacht, interessengeleitet zu forschen, können sie nur durch größtmögliche Transparenz und die Offenlegung ihrer Kooperationsverträge wirksam begegnen. Ausnahmen

⁵ Vgl. dazu die DHV-Presseerklärung vom 17. Mai 2018: DHV wirbt für ein Elternzeitausgleichssemester (https://www.hochschulverband.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=289&cHash=71d416b091973e729e105f1ec6f47c10#).

⁶ Vgl. dazu die Resolution des 65. DHV-Tags vom 24. März 2015 in Mainz: Berufliche und akademische Bildung nicht gegeneinander ausspielen. Thesen des Deutschen Hochschulverbandes zum „Akademisierungswahn“ (<https://www.hochschulverband.de/fileadmin/redaktion/download/pdf/resolutionen/Akademisierungswahn.pdf>).

von diesem Prinzip sind allenfalls temporär und in eng definierten Konstellationen denkbar, die begründungspflichtig bleiben. Ebenso müssen bei Veröffentlichungen die einem Fachbeitrag zugrundeliegenden Zuwendungsverhältnisse einer Autorin bzw. eines Autors grundsätzlich offengelegt werden. Universitäre Forschung muss prinzipiell öffentlich sein.⁷

6) Mut zum Risiko in der Forschungsförderung belohnen

Eine kluge Wissenschaftspolitik darf sich nicht fortlaufend von Nützlichkeitsabwägungen leiten lassen. Sie muss die Balance zwischen der Förderung von angewandter Forschung und Grundlagenforschung wahren. Anstatt die Wissenschaft in eine permanente Antragshektik zu versetzen, der sie sich kaum entziehen kann, sollte die Politik vermehrt kreative Denk- und Arbeitsprozesse ermöglichen. Darüber hinaus sollte sie den Mut zum Risiko belohnen, außerhalb des Mainstreams zu forschen. Die Einzelförderung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist, gerade auch im Verhältnis zu anderen Förderlinien, auszubauen. Hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen ausreichend Mittel erhalten, um Forschungen ohne inhaltliche Vorgaben vorantreiben zu können.

7) Leistungsbewertung in der Wissenschaft: Weniger wiegen – mehr wägen

Wissenschaft erschöpft sich nicht in der Jagd nach Kennziffern. Der Wert und die Qualität wissenschaftlicher Ergebnisse beruhen auf Klasse, nicht auf Masse. Die Voraussetzung für Forschung durch eingeworbene Drittmittel darf nicht mit der Forschung selbst verwechselt werden. Die Fixierung auf Publikationszahlen und Zitationsindizes kann eine inhaltliche Bewertung von Veröffentlichungen nicht ersetzen. Der DHV unterstützt deshalb mit Nachdruck alle Initiativen, die die wissenschaftliche Publikationsflut eindämmen wollen. Er hält es insbesondere für richtig, bei Förderanträgen bzw. für Berufungsverfahren Publikationslisten auf wenige aussagekräftige Veröffentlichungen zu beschränken, damit eine inhaltliche Bewertung dieser auch stattfinden kann.

Als ebenso unterstützenswert erachtet der DHV Bestrebungen, den Einsatz von Metriken in der Leistungsbewertung zurückzudrängen. In der Wissenschaft muss wieder mehr inhaltlich beurteilt und weniger gezählt werden.

Berlin, den 9. April 2019

⁷ Vgl. dazu zuletzt die Resolution des 65. DHV-Tags vom 24. März 2015 in Mainz: Transparenz bei Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (https://www.hochschulverband.de/fileadmin/redaktion/download/pdf/resolutionen/Transparenzgebot_Kooperationen_Uni-Wirtschaft.pdf).